

VERANSTALTUNG ZU § 129A

"§ 129a StGB - das 'Sesam-öffne-dich'" - so lautete der Titel einer Veranstaltung, zu der Hamburgs Aktive Jurastudierende am 26. Juli einluden. Die Wahl des Themas war kein Zufall: Gerade im Großraum Hamburg kam es in den letzten Monaten zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, die auf diesen Paragraphen gestützt waren.

Nach einer ersten Durchsuchungswelle Anfang Mai in Hamburg, Berlin und anderen norddeutschen Bundesländern, in deren Verlauf rund 900 Beamt/innen des Bundeskriminalamtes, der Landeskriminalämter und der verschiedenen Länderpolizeien Razzien in 40 Wohnungen und Büros durchführten und etwa auch das bekannte Hamburger Kulturzentrum "Rote Flora" durchforsteten, wurden am 13. Juni 2007 erneut diverse Privatwohnungen in Hamburg und das linke Projekt "Inihaus" in Bad Oldesloe durchsucht. Bundesweites Aufsehen erregte knapp zwei Monate später der Haftbefehl der Bundesanwaltschaft gegen vier Personen aus Berlin, denen vorgeworfen wurde, in Brandenburg drei Lastwagen der Bundeswehr in Brand gesetzt zu haben. Die Ermittlungsgrundlage in all diesen Fällen war besagter Paragraph 129a, der die Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" unter Strafe stellt.

Grund genug also, sich diesen Paragraphen einmal genauer anzusehen. Der Hamburger Rechtsanwalt Carsten Gericke spannte den Bogen von den materiellrechtlichen Grundlagen über die strafprozessualen Folgen bis hin zur Rechtswirklichkeit. Dabei zielte die erste



scharfe Kritik auf das nur äußerst vage erkennbare Schutzgut des Straftatbestandes und dessen uferlose Weite. Bei der Konkretisierung des Paragraphen im Einzelfall ist der Willkür der Gerichte Tür und Tor geöffnet. Ausgehend von der These, dass eine solche "polizeirechtliche Verschmutzung" (Jakobs) des Strafrechts zumindest im Ansatz totalitär sei, zeigte Gericke auf, wo sich in der Norm Einfallstore für Gesinnungsstrafrecht befinden, und erläuterte die aktuelle Entwicklung des Paragraphen. Dabei fand er deutliche Worte: "Pfuscher aus Brüssel, der mit unseren Grundrechtsvorstellungen wenig gemein hat" fände hier Eingang ins Strafgesetzbuch und werde obendrein durch die "Meisterleistung der Rabulistik" des Bundesgerichtshofs in mehr als bedenklicher Weise handhabbar gemacht.

Zu einer Anklage aufgrund von § 129a kommt es letztlich nur selten. In den neunziger Jahren standen der Anzahl von 1.362 Personen, gegen die ermittelt wurde, lediglich 38 Verurteilte gegenüber. Spätestens hier wird deutlich: Die §§ 129a, b (und möglicherweise bald c und d) sind die politischen Trüffelschweine des StGB. Sie dienen einer politischen Justiz vor allem dazu, das Ausforschungsinstrumentarium der Strafprozessordnung in Gang zu setzen. Rechtsstaatlich sind sie nicht.

Moritz Assall

BAKJ - ADRESSEN



Bundesarbeitskreis kritischer Jura-Gruppen

Selbstdarstellung: Der BAKJ ist eine bundesweite Koordination kritischer linker Initiativen im juristischen Ausbildungsbereich. Er ist ein Zusammenschluss von studentischen Gruppen an juristischen Fachbereichen sowie RechtsreferendarInnen und interessierten Einzelpersonen. Hochschulpolitisch setzt sich der BAKJ für eine Ausbildung ein, die Theorie und Praxis vernetzt, so die sozialen Bezüge des Rechts reflektiert und den kritischen Umgang mit Recht fördert. Seit seiner Gründung 1989 veranstaltet der BAKJ regelmäßig rechtspolitische Kongresse. Er ist Mitherausgeber des Forum Recht und gibt seit 1997 jährlich gemeinsam mit verschiedenen BürgerInnenrechtsorganisationen den Grundrechtreport heraus.

SprecherInnenrat: Sven Fritsch (Münster), Oona Grünebaum (Bonn), Phil Rusche (Greifswald), Martin Gärtner (Heidelberg), Jascha Amery (Jena), Karen Schubert (Berlin), Lion Hippler (Freiburg), Moritz Assall (Hamburg).

Postadresse: BAKJ, c/o Interkulturelles Zentrum "Don Quijotte", Scharnhorststraße 57, 48151 Münster, eMail: info@bakj.de

Website: <http://www.bakj.de>

BAKJ-Gruppen:

Berlin: Kritische JuristInnen an der FU Berlin, Vant-Hoff-Straße 8, 14195 Berlin, eMail: kritischejuristinnen@gmx.net, Homepage: www.rechtsskritik.de

Bremen: Studiengangsausschuss Jura Bremen, Universität Bremen, Fachbereich 6, Universitätsallee GW1, 28359 Bremen, Tel. 0421/2184853, eMail: kj_bremen@gmx.de

Frankfurt/Main: kritischer JuristInnen Frankfurt/M., c/o A. Haas, Gutleutstraße 17, 60329 Frankfurt/Main, eMail: post@kritische-juristinnen.de

Freiburg: Arbeitskreis kritischer Juristinnen und Juristen - akj Freiburg, c/o Fachschaft Jura, Platz der Alten Synagoge 1, 79085 Freiburg, Tel. 0761/2032136, eMail: info@akj-freiburg.de, Homepage: www.akj-freiburg.de

Göttingen: Dirk Pfanne, Leinestraße 2, 37073 Göttingen, eMail: diepfanne@web.de

Greifswald: Philip Rusche, Walther-Rathenau-Straße 46, 17489 Greifswald, Tel. 03834/762540, eMail: akj-greifswald@web.de

Hamburg: Hamburgs Aktive JurastudentInnen (HAJ), c/o Nils Rotermund, Detlev-Bremer-Straße 26, 20359 Hamburg, Tel. 040/60576303, eMail: juramitbiss@web.de, Homepage: www.h.a.j.unndu.de

Kiel: Björn Elberling, Walther-Schücking-Institut, Uni Kiel, Westring 400, 24118 Kiel, eMail: akj-kiel@web.de

Köln: Maike Hellmig, Uhlstr. 64, 50321 Brühl, 0221/8230447, maile.hellmig@gmx.de

Münster: Kritische JuristInnen Münster, c/o Interkulturelles Zentrum "Don Quijotte", Scharnhorststraße 57, 48151 Münster, eMail: kritischejuristinnen@web.de, Homepage: www.kritische.de.ms

Potsdam: eMail: akj-potsdam@phlipsy.net